

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1904

10.1.1904 (No. 9)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 10. Januar.

№ 9.

1904.

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen im Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einkaufsgebühren: die gepaltene Zeitung oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unbezahlte Druckfächer und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsexemplare werden nicht zurückgeschickt und übernimmt die Redaktion dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung.

Die sächsische Wahlrechtsänderung.

Dresden, 8. Januar.

Die Regierung hat nunmehr dem Landtag eine Denkschrift über die in Aussicht genommene Abänderung des Landtagswahlgesetzes zugehen lassen, die nach einer Darlegung des gegenwärtig geltenden Wahlrechts und einer Zusammenfassung der verschiedenen Wahlsysteme die Regierungsanschauung formuliert. Aus der sehr umfangreichen Denkschrift geben wir in knappster Form das Wesentliche nachstehend wieder:

Auf Grund des Landtagswahlgesetzes vom 3. Dezember 1868 galt bis zum Jahre 1896 für die Wahlen zur Zweiten Kammer der sächsischen Ständeversammlung ein gleiches und direktes Wahlrecht, dessen Allgemeinheit nur durch einen Wahlszenus von 3 M. beschränkt war. Durch dieses Wahlrecht war es auch der sozialdemokratischen Partei gelungen, in fortwährend steigender Ziffer eine Vertretung im Landtage zu gewinnen. Trotzdem hatte die sozialdemokratische Fraktion bereits auf dem Landtage 1893/94 die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts mit geheimer Abstimmung für alle Staatsangehörigen — also auch für weibliche — vom 21. Lebensjahr an beantragt. Der Antrag wurde durch die Ablehnung jeder weiteren geschäftlichen Behandlung erledigt. Aber auch durch diese entscheidende Abgabe ließ sich die sozialdemokratische Fraktion nicht abhalten, auf dem Landtage 1895/96 denselben Antrag von neuem einzubringen. Diesmal beschränkte sich die Gegner nicht auf die Zurückweisung, sondern erwiderten die offene Herausforderung durch den von dem Abg. Dr. Mehnert und 63 Genossen gestellten Antrag: „In der Erwägung, daß das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht den Verhältnissen und Interessen des Landes nicht entspricht, in der Erwägung, daß diesen Interessen eine Änderung des Wahlrechts nur dient in der Richtung, daß das Wahlsystem auf dem Prinzip des Verhältnisses der Leistungen der einzelnen Staatsbürger an direkten Staatssteuern aufgebaut wird unter ausdrücklicher Wahrung des Grundgesetzes, daß eine Entziehung des Wahlrechts derjenigen, die daselbe jetzt besitzen, nicht eintritt, wolle die Kammer beschließen: über den Antrag Frähdorf zur Tagesordnung überzugehen.“ Mehnerts Antrag wurde am 10. Dez. 1895 mit allen gegen 14 sozialdemokratische Stimmen angenommen. Die Regierung entsprach nunmehr den Anregungen der Kammermehrheit, indem sie unterm 3. Februar 1896 die Gesetzesentwürfe vorlegte, wonach das Wahlsystem für die Zweite Kammer unter Anlehnung an die in Preußen seit 1849 bestehende Dreiklassenwahl umgewandelt werden sollte. Die Vorlage wurde von der Zweiten Kammer am 5. März mit 56 gegen 23 Stimmen angenommen. In der Ersten Kammer erfolgte am 18. März 1896 einstimmige Annahme der Entwürfe. Aus den gesamten Verhandlungen geht hervor, daß zeitlich und ursächlich die unmittelbare Veranlassung zu der Wahlrechtsänderung allerdings in dem herausfordernden sozialdemokratischen Antrage auf unbeschränkte Erweiterung des bestehenden Wahlrechts gelegen hat. Im letzten Grunde war es aber doch nicht so sehr der Unmut über das bisherige Aussehen der Sozialdemokratie im Landtage, als vielmehr die aus deren andauerndem Wachstum geschöpfte Sorge um die Zukunft, was den entscheidenden Anlaß zu der Wahlrechtsänderung gegeben hat. Nicht nur bei den Reichstagswahlen mit ihrem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht, auch bei den Landtagswahlen trotz des Wahlszenus von 3 M. hatten die sozialdemokratischen Stimmen und Sitze sich von Wahlperiode zu Wahlperiode rasch und sprunghaft vermehrt. Weitere Zunahmen waren in einem so industriellen Lande wie Sachsen mit Sicherheit zu erwarten, das Zeitmaß dieser Zunahmen schlechterdings nicht zu übersehen. Wohl waren noch die Erste Kammer und das selbständige Recht der Krone da, um staatsgefährliche Experimente zu verhindern. Aber dies eröffnete doch die Aussicht auf schwere Verfassungskämpfe. Auch wenn die Sozialdemokratie zunächst noch keine Mehrheit in der Zweiten Kammer erlangt hätte, genügt doch schon eine nicht erhebliche Zunahme, um späterhin jede zum Schutze des Staates erforderliche Veränderung der Verfassung oder des Wahlrechts, die in beiden Fällen eine Zweidrittelmehrheit erfordert, unmöglich zu machen.

Trotz alledem ist keine Frage, daß viele Umstände auf eine demnächstige Änderung des als „Provisorium“ und „Notwehrgesetz“ geschaffenen neuen Wahlrechts hindeuten. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß man in weiten, gutgeleiteten Kreisen in Sachsen mit dieser Gestaltung unzufrieden ist und daß diese Unzufriedenheit tiefer geht, als es nach ihrem Lautwerden scheinen könnte. Ein Beweis dafür ist u. a. die an den letzten Landtag gerichtete Petition des Landesverbandes evangelischer Arbeitervereine im Königreich Sachsen. Es verdient Beachtung, daß es sich hier um die Wünsche ausgesprochenen nichtsozialdemokratischer Arbeiterkreise handelt. Auch im Landtage zeigte sich das Bedürfnis nach Änderung des neuen Wahlgesetzes. Die Regierung selbst hatte schon am 4. Juni 1902 in der Zweiten Kammer erklärt, daß sie es für abschließende Zeit als unerlässlich anerkenne, am Wahlgesetz Änderungen einzutreten zu lassen.

Von schwerwiegender Bedeutung ist die offenkundige, wenn auch bei der Geheimhaltung der Wahl statistisch nicht nachweisbare Tatsache, daß seit Einführung des neuen Wahlgesetzes sämtliche Abgeordneten von den Wahlmännern der I. und II. Abteilung, und falls die III. Abteilung überhaupt selbständig vorging, gegen die Stimmen ihrer Wahlmänner gewählt worden sind. Da aber die III. Abteilung über 80 Prozent der Wähler umfaßt, so ergibt sich ohne weiteres, daß ein ganz erheblicher Bruchteil der sächsischen Wählerschaft eine ihrem Willen entsprechende Vertretung überhaupt nicht besitzt und unter dem bestehenden Systeme das

Wahlrecht weiter Volkskreise nahezu illusorisch geworden ist. Dies kommt auch darin zum Ausdruck, daß seit der Zeit kein sozialdemokratischer Abgeordneter mehr in den Landtag gewählt worden ist. Diesen Erfolg hat man noch den einschlagenden Verhandlungen weder beabsichtigt noch erwartet. So sprach sich z. B. der Staatsminister v. Meißel dahin aus, „die Regierung sei von der Ansicht geleitet gewesen, daß auch in Zukunft die Opposition und auch die äußerste Opposition nicht einfach aus der Vertretungsgewalt eliminiert werde . . . es könne nur erwünscht sein, daß in der Vertretungsgewalt die Ansicht aller Parteien, auch der extremsten, in Erscheinung trete“. Bei den Landtagswahlen von 1897 und 1899 konnte der gänzliche Ausfall der Sozialdemokratie mit darauf zurückgeführt werden, daß ein Teil derselben dem neuen Wahlgesetz gegenüber Wahlenthaltung zu üben beschloß. Aber auch die Wahlen vor 1901 lieferten das gleiche Ergebnis, obwohl auf dem Leipziger Parteitage zu Pfingsten 1901 der Standpunkt der Wahlenthaltung von allen Seiten aufgegeben worden und die Partei geschlossen und mit Nachdruck in die Wahlbewegung eingetreten war.

Diese Tatsachen und andere Erwägungen veranlaßten die Regierung, alsbald nach Schluß des Landtags 1901/1902 die Frage der Wahlreform in Angriff zu nehmen. Unmittelbar nach den Reichstagswahlen von 1903 regte die Presse die Änderung des Landtagswahlrechts an, und zwar nicht bloß die sozialdemokratische. Als die Regierung hierauf noch immer schwieg, wurden über ihre Stellung zur Reformfrage in Blättern der verschiedensten Parteirichtungen Nachrichten verbreitet, die mit den Tatsachen durchaus in Widerspruch standen. Infolgedessen sah sie sich genötigt, ihre Absichten anzukündigen, was am 14. Juli 1903 geschah. Da ein „Beirat einer zusammenzurufenden Versammlung“, dessen sich die Regierung zu bedienen wünschte, Anlaß zu Mißverständnissen gegeben hatte, sah sich das Ministerium des Innern veranlaßt, die Handelskammer Plauen, die zugleich im Namen der übrigen Handelskammer und Zuziehung von Vertretern derselben zu der Beratung der Wahlrechtsreform gebeten hatte, mittels einer Verordnung vom 5. August 1903 zu beschließen, daß es sich nicht um eine nach parlamentarischer Art tagende und beschließende Versammlung, sondern nur um eine „vertrauliche und unverbindliche Besprechung mit einer Anzahl von Vertrauensmännern“ handeln solle. Die ursprünglich für Ende August oder Anfang September in Aussicht genommenen Besprechungen mußten schließlich weiter hinausgeschoben werden, da die inzwischen zutage tretenden und bei dem Ministerium des Innern einlaufenden Reformvorschläge von dritter Seite in solcher Zahl auftraten, daß ihre Prüfung und Bearbeitung längere Zeit in Anspruch nahm.

Am 26. Oktober 1903 fand im Ministerium des Innern die in Aussicht genommene Besprechung mit dem Beirat statt. Den Vertrauensmännern war einige Zeit vorher eine Denkschrift zugesandt worden. Die in der Denkschrift enthaltenen Reformvorschläge der Regierung gingen in der Hauptsache dahin: 1. Ein kombiniertes Wahlsystem, nach dem 48 Abgeordnete durch Wahlkreise und 35 durch berufständische Wahlen ernannt werden. 2. Beibehaltung der bisherigen drei Wahlabteilungen, jedoch mit der Änderung, daß die I. Abteilung unter Wegfall der Steuerbeiträge durch das ganze Land gleichmäßig durchgeführt werden und eine Verkleinerung der Bildung neben dem Besitze vorgesehen wird, indem Wahlberechtigte mit abgeschlossener Hochschulbildung ohne Rücksicht auf die Steuerleistung der I. Abteilung, Personen, welche die Befähigung zum Einjährig-Freiwilligendienst erlangt haben, auch dann der II. Abteilung anzugehören haben, wenn sie nach ihrer Steuerleistung in die III. Abteilung kommen würden. 3. Einteilung des ganzen Staatsgebietes ohne Unterscheidung von Stadt und Land in 16 Wahlbezirke für die von jeder Abteilung direkt vorzunehmenden Wahlen. 4. Vollziehung der berufständischen Ergänzungswahlen durch die landwirtschaftlichen Kreisvereine (15 Abgeordnete), die Handelskammern (10 Abgeordnete) und die Gewerbekammern (10 Abgeordnete). Die in der Besprechung geäußerten Ansichten der Vertrauensmänner gingen zum Teil weit auseinander, jedoch wurde anerkannt, daß über das bestehende Wahlrecht Unzufriedenheit herrsche und daß man sich jetzt, nachdem die Regierung die Reformfrage aufgeworfen habe, ihrer weiteren Prüfung und Behandlung nicht mehr entziehen könne. Allseitig wurde die Bereitwilligkeit ausgesprochen, Maßnahmen zu erwägen, durch die den in der III. Abteilung befindlichen breiten Massen und insbesondere auch dem Arbeiterstande eine entsprechende Vertretung eingeräumt werde. Doch wünschte man nicht dadurch Tür und Tor zur Zweiten Kammer auch den Sozialdemokraten wieder zu öffnen, die eben erst auf dem Dresdener Parteitage von neuem ihrem durchaus revolutionären Standpunkte Ausdruck verliehen haben.

Gegen die Vorschläge der Regierung wurde zunächst eingemendet, daß eine gleichmäßige Abgrenzung der Wahlabteilungen im ganzen Lande zu großen Ungleichheiten hinsichtlich der Wählerzahl der I. und II. Abteilung in den einzelnen Wahlkreisen führen würde. Jedenfalls wurde um genaue Erhebungen darüber gebeten. Die Zahl von nur 16 Wahlkreisen für das ganze Land sei zu gering, der einzelne Wahlkreis würde zu groß sein, so daß die gerade im Landtage nicht unberechtigten „Strukturinteressen“ nicht mehr genügend zur Geltung kommen würden. Auch gegen die von der Regierung vorgeschlagene Berücksichtigung der Bildungsfaktoren wurde neben der bereits erwähnten Zustimmung Widerspruch laut, und zwar namentlich von den Vertretern der Handelskammern, die es nicht billigen wollten, daß z. B. ein junger Referendar höher bewertet werden solle, als der gereifte Kaufmann; die Industrie würde sich zurückgesetzt fühlen, wenn die Wählerklasse der I. Abteilung durch Zuweisung der akademisch Gebildeten erheblich vermehrt würde. Es komme hinzu, daß gerade junge Leute höherer Bildung jetzt oft sozialistisch angehaucht seien. Auch der Wegfall von Stadt

und Land wurde zum Teil lebhaft bekämpft und die Aufrechterhaltung besonderer ländlicher Wahlkreise gerade im staatsrechtlichen Interesse für nötig erklärt. Gegen die vorgeschlagene berufständischen Ergänzungswahlen erklärten sich namentlich die Vertreter der Handelskammern. Infolge dieser Aussprüche wurde von anderer Seite vorgeschlagen, auf direkte Wahl von Berufsvertretern ohne Mitwirkung der Handels- und Gewerbekammern einzuführen. Besonders einverstanden mit der Einführung berufständischer Wahlen erklärten sich die Vertreter des Gewerbestandes. Vereinzelt wurde neben dem Pluralstimmentrecht empfohlen, sich auf direkte Abteilungsahlen zu beschränken. Auch die Errichtung von Arbeiterkammern zur Ergänzung von Arbeitervertretern wurde in Anregung gebracht. So wertvoll der Regierung die Besprechung für die wiederholte eingehende Prüfung aller Gesichtspunkte gewesen ist, so haben sich dabei doch keine neuen Wege für die Lösung der Reformfrage ergeben. Nur die bei der Besprechung angeregte direkte Wahl auch der berufständischen Vertreter ist als Aenderung angenommen worden.

Nach alledem gehen die jetzt von der Regierung vorgeschlagenen Grundlinien einer Wahlreform kurz zusammengefaßt dahin:

Verbindung von direkten Abteilungsahlen (48 Abgeordnete) mit berufständischen Wahlen (35 Abgeordnete).

A. Die Abteilungsahlen werden in 16 durch das ganze Staatsgebiet ohne Unterschied von Stadt und Land gebildeten Wahlkreisen von jeder Abteilung besonders gewählt. Es wählen unter der Voraussetzung der sächsischen Staatsangehörigkeit und des erfüllten 25. Lebensjahres:

- a) in der I. Abteilung alle diejenigen, die an staatlicher Grund-, Einkommen- oder Ergänzungssteuer zusammen mindestens 300 M. entrichten oder ein abgeschlossenes Hochschulstudium hinter sich haben;
- b) in der II. Abteilung alle diejenigen, die in derselben Weise weniger als 300 M., aber mindestens 38 M. Staatssteuern entrichten oder, bei geringerer Steuerleistung, die Berechtigung zum Einjährig-Freiwilligendienst erworben haben;
- c) in der III. Abteilung alle übrigen, sofern sie überhaupt eine Staatssteuer entrichten.

B. Die berufständischen Wahlen werden in der oben angegebenen Weise von den Unternehmern der drei Hauptproduktionsstände vollzogen.

C. Im übrigen verbleibt es bei dem bisherigen geheimen Wahlverfahren, bei dem Erfordernis absoluter Mehrheit bei der ersten und relativer bei der zweiten Wahl, sowie bei den bisherigen Erfordernissen der Wählbarkeit als Abgeordneter (§ 20, 4 des Wahlgesetzes).

D. Bei Einführung des neuen Wahlrechts würde eine Integralkerneuerung der Zweiten Kammer nicht zu vermeiden sein. Für später ist jedoch an der alle zwei Jahre eintretenden Dreiterneuerung festzuhalten, die mit Rücksicht auf die Kontinuität der Verhältnisse ratsam und auch bei der neuen Zusammenfassung ohne Schwierigkeit durchzuführen ist.

Da die Regierung zunächst abzuwarten wünscht, ob und inwieweit sich die Kammer mit diesen Grundlinien einer Wahlreform einverstanden erklärt, so hat sie vorläufig davon abgesehen, einen entsprechenden Gesetzesentwurf auszuarbeiten und den Ständen vorzulegen.

Kurzichtiges Treiben.

SRK. Berlin, den 8. Januar.

Im Widerspruch mit ruhigeren und richtigeren Ansichten bleibt das „Berliner Tageblatt“ bei der Behauptung, die deutsch-russischen Handelsvertragsverhandlungen seien ins Ungewisse vertagt worden, sie seien nämlich bei der zweiten Lesung in Berlin derartig auf einen toten Strang geraten, daß, um sie wieder in Fluß zu bringen, besondere Mittel angewendet werden müßten. Diese Voraussetzung ist irrig. Es sind zur Wiederaufnahme der deutsch-russischen Handelsvertragsverhandlungen keine diplomatischen Schritte zwischen Berlin und St. Petersburg im Zuge, und es bedarf solcher Bemühungen auch nicht. Es genügt eine Anzeige der russischen Regierung über den Zeitpunkt, zu dem sie die deutschen Vertreter an der Neva erwartet. Dieser Zeitpunkt ist allerdings vorläufig hinausgeschoben, aber nicht durch unüberwindliche innere Schwierigkeiten, vielmehr durch äußere Anlässe, wie die russische Festzeit und dem Umstand, daß die nach St. Petersburg zu entsendenden deutschen Herren bis auf Weiteres in den handelspolitischen Verhandlungen mit Italien beschäftigt sind. Es ist durchaus begreiflich, wenn diese Zwischenzeit von interessierter russischer Seite benutzt wird, um zur Erzielung deutscher Zugeständnisse, in Sachen des kommenden Vertragschlusses möglichst flau zu machen. Aber deutsche Blätter sollten dabei nicht mittun, und unter den gegenwärtigen Umständen, am wenigsten die liberalen. Denn sie liefern ja mit jener Pessimisterei nur Wasser auf die

(Mit einer Beilage.)

gramm aus Tokio empfangen, das den Inhalt der Antwort Rußlands enthalte. Er sei jedoch außer Stande, eine Meinung in dem einen oder dem anderen Sinne zu äußern, da dadurch der Charakter der Antwort angedeutet werden würde, die geheim gehalten werden müßte, bis von seiner Regierung ein endgültiger Schritt getan worden sei. Der Gesandte fügte hinzu, die Zeit des Wartens sei, was Japan anbetriffe, vorbei; jetzt seien in Rußland zu warten. Der Gesandte stellte noch die verschiedenen Berichte über die Bewegungen der japanischen Truppen und Schiffe in Abrede. Diese würden so geheim gehalten, daß es unmöglich sei, davon Kenntnis zu bekommen.

* London, 8. Jan. Der russische Votschafter und der japanische Gesandte besuchten heute nachmittags den Lord Lansdowne im auswärtigen Amte.

* Paris, 9. Jan. „Reit Journal“ wird aus St. Petersburg gemeldet, daß die russische Note, die am Mittwoch der japanischen Regierung überreicht wurde, erklärt, daß sich die russische Regierung einem Einmarsch japanischer Truppen in Korea nicht widersetzen werde.

* Rom, 9. Jan. Die beiden japanischen Kreuzer „Kassaga“ und „Kifin“ hatten gestern Abend Genua noch nicht verlassen. Dem „Giornale d'Italia“ zufolge werden die Schiffe Englands Flagge führen und im Mittelmeer mit zwei anderen, von England kommenden japanischen Schiffen zusammenzutreffen.

* Genua, 9. Jan. Die japanischen Kriegsschiffe Kifin und Kassaga sind heute morgen gegen halb 5 Uhr in See gegangen.

* New-York, 9. Jan. Nach vorliegenden Meldungen aus Tokio hat Japan so gut wie beschlossen, die Verhandlungen gegen Rußland fortzusetzen. Japan ist zwar mit den Bedingungen Rußlands nicht zufrieden, fühlt sich jedoch nicht berechtigt, ein Ultimatum zu erlassen oder die Verhandlungen abzubrechen. Bevor es zur Gewalt schreitet, will Japan nochmals versuchen, eine Abänderung der Vor schläge Rußlands zu erwirken. Die Verhandlungen dürften einige Wochen dauern, doch gilt es für unwahrscheinlich, daß der Frieden in dieser Zeit gestört wird.

* New-York, 9. Jan. Die „New-Yorker Tribune“ weist in einem Leitartikel darauf hin, den russisch-japanischen Streitfall vor das Haager Schiedsgericht zu bringen. Dem Artikel wird einige Bedeutung beigelegt, da er von Washington aus inspiriert sein könnte. Ein dem Wlate aus Washington zugegangenes Telegramm besagt, Präsident Roosevelt möchte in diesem Konflikt nicht vermitteln, da es wahrscheinlich sei, daß eine der Mächte die Einmischung ablehnen werde.

* Seoul, 9. Jan. Ein italienischer Kreuzer ist auf der See von Tschemulpo eingetroffen. Die Gesandtschaften werden von Marineabteilungen der verschiedenen Nationalitäten bewacht. Man hält es für möglich, daß der Kaiser im Falle eines Militärzustandes in eine europäische Gesandtschaft flüchtet.

* Cincinnati, 8. Jan. Die japanischen Agenten machen hier Bestellungen auf Kavalleriepferde; mehrere Wagenladungen sind bereits gekauft. Rußland bestellte hier 10 Wagenladungen Rindfleisch in Büchsen, welche schnellstens zu liefern sind.

* Port Arthur, 8. Jan. Mehrere russische Kriegsschiffe gingen in der vergangenen Nacht zur Verstärkung der auf hoher See befindlichen Kreuzer ab. Es heißt, daß die so vereinigte Streitmacht dann vorgehe, um auf das japanische Geschwader von vier Panzerschiffen, welche sich Korea näherte, zu stoßen.

Benefit Nachrichten und Telegramme.

* Berlin, 8. Jan. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Die Öffentlichkeit wurde durch Angaben heunrühtigt, welche die „Köln. Ztg.“ unter Verufung auf militärische Kreise über Uniformänderungen, und zwar über die Einführung einer neuen Grundfarbe für die Waffenröde, Ersatz der Feldbinde durch Leberknallpöpel, Anbringung von Abzeichen des Dienstgrades auf den Ärmeln, Vertauschung der grauen Wetzela durch graugrüne machte. Wir stellen fest, daß hier eine gründliche Mythisierung vorliegt. Die Angaben sind in allen Einzelheiten erfunden. Es ist bedauerlich, daß ein ernstes Blatt solche falschen Gerüchte über angebliche Entschlieungen der höchsten Stelle ohne genaue Prüfung aufgenommen hat.

* Dresden, 9. Jan. Seine Majestät der König ist infolge einer leichten Erkältung genötigt, das Zimmer zu hüten.

* Auerbach, 9. Jan. Bei der Reichstagserswahl im 22. sächsischen Wahlkreis Reichenbach-Auerbach am 5. Januar wurden 25 552 Stimmen abgegeben. Hierdon erhielt Stadtverordneter Hoffmann=Berlin (Soz.) 15 772, Graf v. Hönssbroech (b. l. Fr.) 9749 Stimmen. Ersterer ist gewählt.

* Essen, 9. Jan. Die nordwestliche Gruppe der deutschen Industriellen beschloß, pro Kopf ihrer Arbeiter monatlich 50 Pfennig an die Krimmischauer Industriellen zu senden.

* Straßburg i. E., 8. Jan. Der Reichstagsabgeordnete Delfor, welcher der liberalen elsässischen Landespartei angehört, ist, wie der „Elsäß. Volksbote“ meldet, gestern Abend in Lunéville, wo er beabsichtigte, einen religiös-sozialen Vortrag im Vereinssaal zu halten, durch Verfügung des Präfekten von Nancy wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit aus Frankreich ausgewiesen worden.

* Paris, 9. Jan. Der nationalitätslos-konservative Deputierte Corrad des Effarts kündigte an, daß er in der Deputiertenkammer eine Interpellation über die Ausweisung der elsässischen Reichstagsabgeordneten Delfor aus Frankreich einbringen werde. Von den meisten radikalen Zeitungen wird die Maßnahme vollständig gebilligt.

* Haag, 8. Jan. Erste Kammer. Bei Beratung der Kreditforderung von sieben Millionen Gulden für die Be-

schaffung Kruppischer Schnellfeuergeschütze erklärte der Kriegsminister, die Kruppischen Kanonen seien den Ehrhardt'schen vorzuziehen. Das zwischen den beiden Firmen schwebende Prozeduralverfahren hindere die Firma Krupp nicht an der Erfüllung der von ihr Holland gegenüber eingegangenen Verpflichtungen. Die Kreditforderung wurde genehmigt.

* Wien, 9. Jan. Der Entwurf einer neuen Militärstrafprozedurordnung ist zurückgestellt, da es sich als unmöglich erwies, bezüglich der ungarischen Forderungen über die Verhandlungssprache der Militärgerichte zu einer annehmbaren Vereinbarung zu kommen.

* Budapest, 9. Jan. (Abgeordnetenhaus). In der Spezialdebatte über die Vorlage betr. das Rekrutenkontingent ergriff Ministerpräsident Graf Tisza das Wort und wies unter Anknüpfung an den Beschlußantrag Sollos, in dem es hieß, daß alle Rechte des Monarchen ihren Ursprung auf die Nation zurückzuführen, die Behauptung zurück, daß dieser Antrag, dem auch die Regierungspartei zustimmte, im Widerspruch mit dem Hinweis auf die ererbten Rechte stehe, welcher im Chlopper Armeebefehl ausgedrückt sei. Die von den Vorfahren ererbten Rechte des Königs in jenem Inhalt von jenem rechtlichen Charakter, der im Gelebe festgesetzt sei, schlossen nicht die Auffassung des ungarischen Staatsrechts aus, daß der Ursprung derselben auf die Nation zurückzuführen sei. Auch stehe die liberale Partei auf dem Standpunkte, daß in den verfassungsmäßigen Hoheitsrechten soweit sie die Armee betreffen, das Recht der Feststellung der Kommandosprache eingeschlossen sei. Dies sei eben der Punkt, in dem sich die Auffassung der liberalen Partei von der der Opposition unterscheide. (Beifall rechts.)

* Paris, 9. Jan. Der deutsche Votschafter Fürst Radolin und Gemahlin begaben sich heute nachmittags mit dem Nord-Expreß nach Berlin. Während der etwa zehntägigen Abwesenheit des Fürsten wird der Votschaftsrat Graf Gröben die Geschäfte der deutschen Votschaft führen.

* London, 9. Jan. Der liberale Ob- und Anhänger der Freihandelspartei, wurde mit 5034 Stimmen zum Parlamentsmitglied für Ashburton gewählt. Sein Gegenkandidat, der Unionist Harrison, Anhänger Chamberlains, erhielt 8558 Stimmen. Der frühere gleichfalls liberale Vertreter des Wahlkreises war nur mit 771 Stimmen Majorität gewählt worden.

* Kishinew, 9. Jan. Die Russ. Tel.-Ag. meldet: Hier ist alles ruhig. Der Schuß der Stadt ist, wie gewöhnlich an Festtagen, verfehlt. Umlaufende heurückigende Gerüchte sind als Nachhall des unlängst verhandelten Prozesses zu bezeichnen.

* Konstantinopel, 9. Jan. Die Ermordung eines christlichen Gendarmen in Ipek ist ein neuer Beweis für das Ueberhandnehmen der albanesischen Bewegung im Sandtschatz und für die Notwendigkeit des energischen Vorgehens, welches Scherif Pasha dieser Tage durch eine Expedition gegen den bekannten unbotmäßigen Albanesenführer Weiram Hadshi begonnen hat. Der befestigte Wohnsitz Weirams in Nowoselo im Distrikt Nafosmo wurde militärisch umzingelt und nachdem der Aufbruch zur Uebergabe nicht Folge geleistet war, durch Feuer zerstört. Weiram selbst, drei seiner Anhänger und vier Frauen wurden hierbei getötet, sechs Anhänger ergraben sich. Auf türkischer Seite wurde ein Mann getötet und drei verwundet. Der österreichisch-ungarische Votschafter Frhr. v. Galice stellte heute den Zivilagenten Müller dem Großwesir und dem Minister des Äußeren vor.

* Rio de Janeiro, 9. Jan. Der Kongreß stimmte dem Kommissionsbericht über den Vertrag mit Bolivien über das Acregebiet zu.

* Buenos Aires, 9. Jan. Infolge des hier herrschenden Ausstandes ist das Geschäftselben vollständig lahm gelegt. Die Getreidebörse ist geschlossen. Zwei Regimenter Kavallerie wurden zum Schutze der Arbeitswilligen nach den Docks entsandt.

* Buenos Aires, 8. Jan. Einem Telegramm aus Montevideo zufolge haben sich die Truppen im Distrikt Artigas empört und sind auf dem Marsche nach Melo. Die Nationalisten im Distrikt Treintaytres schloßen sich der Revolution an. Die Regierungstruppen nahmen an der brasilianischen Grenze acht mit Waffen und Munition beladene Wagen fort und überfielen in der Nacht vom 4. Januar im Distrikt Maldonado die Insurgententruppen unter dem Obersten Munoz und schlugen sie vollständig.

* Kapstadt, 9. Jan. Amtlich wird gemeldet, daß der Friede im Damalaland erklärt sei. Die Totentotten ergraben sich.

Verschiedenes.

* Berlin, 8. Jan. Das Landgericht I verhandelte gestern gegen die Redakteure des „Vorwärts“ Leid und Kaliski, die beschuldigt sind, durch mehrere Artikel über die Wahlkreise in Laurahütte die dortigen Gendarmen und Polizeibeamten, ferner den Arzt Nawrodt und den Amtsvorsteher Schröter beleidigt zu haben. Die Angeklagten wurden der Beleidigung in vier Fällen überführt erachtet und Leid zu vier Monaten, Kaliski zu vier Monaten und einer Woche Gefängnis verurteilt. Das Erkenntnis ist im „Vorwärts“ und in mehreren anderen Blättern zu veröffentlichen.

* Königsberg i. P., 9. Jan. Der 36-jährige Sohn des früheren freiwilligen Abgeordneten Bröske ist der Königsberger Hartung'schen Zeitung zufolge am Donnerstag auf der Jagd tödlich verunglückt. Sein Gewehr entlud sich und die Ladung drang ihm in den Unterleib, er ist abends gestorben.

* Hamburg, 9. Jan. (Telegr.) Der Senat ordnete an, daß in sämtlichen Theatern der eiserne Vorhang nach jedem Akt niederzulassen ist.

* Nürnberg, 8. Jan. Der „Fränkische Kurier“ meldet aus Hof: In der vergangenen Nacht wurden aus mehreren nebeneinanderliegenden Häusern in der Schillerstraße vermutlich infolge eines Gasrohrbruchs 10 Bewohner an Gasvergiftung ohnmächtig aufgefunden. Die Wiederbelebungsbemühungen waren bei 9 Personen erfolgreich. Ein von auswärtig zugereister Kunstmaler starb.

* Mainz, 9. Jan. (Telegr.) Die Rheinschiffahrt ist im ganzen Umfang wieder aufgenommen.

* Laibach, 9. Jan. In Vinbaum, Bezirk Radmannsdorf, erkrankten sieben beim Bau des Karantantunnels beschäftigte mazedonische Arbeiter an Mattern. Drei von ihnen sind bereits gestorben. Alle Arbeiter, sowie die Bevölkerung der Umgebung wurden geimpft. Auch sonst sind alle Vorsichtsmaßregeln getroffen, um ein Ausbreiten der Epidemie zu verhindern. In Laibach selbst oder sonst irgendwo in Krain ist kein Fall von Erkrankung an Mattern vorgekommen.

* Paris, 9. Jan. Der gestern Vormittag in der Kirche St. Philippe de Noulle stattgehabten Karnevalfeier für die dahin-

geschiedene Prinzessin Mathilde wohnten bei als Vertreter der Familie Napoleon Prinz Murat, Baron Brunet und Baron Gauteribe, als Vertreter des Deutschen Kaisers Fürst Radolin mit mehreren Herren der deutschen Votschaft, ferner Fürstin Radolin, mehrere Mitglieder des Diplomatischen Korps und hervorragende Persönlichkeiten der bonapartistischen Partei, sowie zahlreiche Freunde der verstorbenen Prinzessin.

* Davos, 9. Jan. Der Erbprinz von Hohenlohe-Langenburg, Regent von Sachsen-Koburg-Gotha ist gestern mit Familie zu längerem Aufenthalt hier eingetroffen.

* Vercelli, 8. Jan. Gestern wurde ein sich Timann nennender Mann verhaftet unter dem Verdachte, am 30. Dezember den deutschen Staatsangehörigen Dr. Maher im Stadtwalde ermordet zu haben.

* Paris, 8. Jan. Dem „Temps“ zufolge ist der in Ajaccio ermordete Deutsche Dr. Maher ein Gymnasialdirektor in Baden. Der als mutmaßlicher Mörder verhaftete Timann leugnet energisch, doch sollen die bei ihm vorgefundenen Papiere sehr belastend sein. Es heißt, daß ein Nachlaß vorliege.

* Mailand, 9. Jan. (Telegr.) Der Buchhalter Terracini, bei der großen Lederfirma Bruno in Turin angestellt, ist entflohen, nachdem er Betrügereien von über 1/2 Millionen Lire verübt hatte. Auch die Banca Romana ist um etwa 300 000 Lire geschädigt.

* Madrid, 9. Jan. (Telegr.) Der jetzige Winter ist einer der furchtbaren, die Spanien erlebte. In mehreren Provinzen zeigt das Thermometer 16 Grad unter Null. Der Zugverkehr ist durch Schneemassen unterbrochen. Das Meer ist furchtbar aufgeregt, viele Fischer sind ertrunken.

* New-York, 8. Jan. Die Marine-Kommission unterbreitete infolge der vom Leutnant Peary in Deutschland und England angestellten Erhebungen den Vorschlag, Kasernen unweit New-York und der Chesapeakebucht mit einem Kostenaufwande von je 600 000 Doll. zu errichten. Die Kommission betont, daß bezüglich der inneren Einrichtung der Kasernen das deutsche System den Vorzug vor dem englischen verdient.

Drahtlose Telegraphie.

* Straßburg, 8. Jan. Im Naturwissenschaftlichen Verein führte heute Abend Professor Braun die vor einem Jahre angekündigten Ergebnisse auf dem Gebiete der drahtlosen Telegraphie durch Versuche vor. Er zeigte, daß man nunmehr eine beliebige Anzahl elektrischer Schwingungskreise derartig miteinander verbinden kann, daß sie gleichzeitig, d. h. mit einer Zeitdifferenz, die unter den eintaufendmillionsten Teil einer Sekunde liegt, anfangen zu schwingen und dabei genau identische Schwingungen ausstrahlen. Damit ist erreicht, daß die Wirkung der drahtlosen Telegraphie beliebig verstärkt werden kann, sobald Entfernungen für sie nicht mehr existieren. Ferner teilte Professor Braun mit, es sei ihm gelungen, auf experimentellem Wege nachzuweisen, daß das Licht aus elektrischen Schwingungen besteht. Das den Versuchen zu Grunde liegende Prinzip beruht auf den Hersch'schen Gittererscheinungen. Als praktischen Nutzen dieser Entdeckung bezeichnet der Vortragende, daß man mit diesen neuen optischen Erscheinungen imstande sein wird, in organischen Geweben noch da Strukturen nachzuweisen, wo selbst die stärksten mikroskopischen Vergrößerungen eine prinzipielle Grenze besitzen.

Wetter am Freitag, den 8. Januar 1904.

Neufahrwasser, Breslau und Chemnitz trüb, München ziemlich heiter, Ewinemünde und Metz nachmittags Regen, Hamburg nachts Regen, Münster zeitweise Regen.

Wetternachrichten aus dem Süden,

vom 9. Januar 1904, 7 Uhr früh.
Triest, dunstig, 7 Grad, Rizza, wolfig, Florenz, bedeckt, 8 Grad, Rom, wolfig, 8 Grad.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie u. Hydrometeorologie vom 9. Januar 1904.

Während der hohe Druck ganz auf Osteuropa zurückgedrückt ist, hat die Depression, welche gestern über dem nordwestlichen Meer erschienen war, im Zusammenwirken mit einem vor der Ebnündung gelegenen Teilminimum ihren Wirkungsbereich bis zum Fuß der Alpen herab ausgedehnt. Bei südwestlichen Winden ist deshalb Tauwetter mit Regenfällen eingetreten; nur in Ostdeutschland sowie in Oesterreich-Ungarn herrschte am Morgen noch Frost (Memel - 9 Grad, Lemberg und Hermannstadt - 11 Grad). Bemerktes und mildes Wetter mit Niederschlägen ist zu erwarten.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Januar	Barom. mm	Therm. in C.	Rel. Feucht. in %	Niederschlag in mm	Wind	Himmel
8. Nachts 9 ⁰⁰ U.	745.5	1.4	4.2	85	E	bedeckt 1)
9. Morgs. 7 ⁰⁰ U.	750.4	4.2	5.2	85	SW	"
9. Mittags 2 ⁰⁰ U.	753.4	6.0	5.5	79	W	"

1) Regen.

Höchste Temperatur: am 8. Januar: 2.0; niedrigste in der darauffolgenden Nacht 0.0.

Niederschlagsmenge des 8. Januar: 6.4 mm.

Wasserstand des Rheins. Magan, 9. Januar: 3.00 m.

Beantwortlicher Redakteur: Julius Raß in Karlsruhe.

Seidenstoffe von 75 Pfg. per Meter an. Muster portofrei. Deutschlands größtes Spezialgeschäft. **NICHOLS & Co. BERLIN SW. 19** Leipzigerstrasse No. 43, Ecke Markgrafstrasse.

C. F. Otto Müller, Permanente Kunstgewerbliche Ausstellung.

Generalvertrieb der Professor Lauger'schen Kunsttöpfereien Karlsruhe. Kaiserstrasse 144 (Moningerbau). Um gefl. Besichtigung wird gebeten. Kein Kaufzwang.

Ein gros. **Julius Strauss, Karlsruhe.** Ein detail. nunmehr im eigenen Hause **Kaiserstrasse 139**. Bedeutendes Spezialgeschäft in Bekleidungsstoffen, Bassmenterien, Spitzen, Knöpfen, Weißwaren, Handtüchern, Strabatten, Sächern. Sidniger Eingang von Neuheiten.

Kunstgewerbe-Magazin von F. Mayer & Co. Hofflieferanten **Karlsruhe Rondelpfad**. Größtes Lager von Luxus- u. Gebrauchsartikeln in Porzellan, Christall, Bronze, Christoffe-Silber, Pendulen, Lampen für Geschenke, Aussteuern, Hotel- und Hauseinrichtungen.

Statt besonderer Anzeige.

Wir machen hiermit die schmerzliche Mitteilung, dass unsere liebe Tante, Frau

Ludwig Heinrich Wolf Wwe.

Luise geb. Grohé

gestern abend nach kurzem Kranksein im 88. Lebensjahre sanft entschlafen ist.

Wachenheim an der Hardt, den 9. Januar 1904.

**Luise Bürklin, geb. Wolf,
Dr. Albert Bürklin.**

Die Bestattung findet Montag, den 11. d. M., nachmittags 3^{1/2} Uhr vom Trauerhaus in Wachenheim aus statt.

Museumsaal — Karlsruhe.
Sonntag, den 10. Januar,
abends 7^{1/2} Uhr

Einmaliges Gastspiel
des
Oscar Straus-Ensembles
(Neues Ueberbrettl)
unter persönlicher Leitung von
Oscar Straus.

Mitwirkende:
Bozema Bradsky, Robert Koppel, Mitzi Bardi, Hans Fredy, Carla Lingen, Friedl Döring.

Eintrittskarten: Saal Mark 4, 3, 2, Galerie Mark 2.50 und 1.50 sind im Vorverkauf in der Hofmusikalienhdlg. Hugo Kuntz, Kaiserstrasse 114, Teleph. 1850, zu haben.

Nr. 14.

Bekanntmachung.

Die Graf v. Sose-Stiftung in Baden betreffend.

Aus den Erträgen der Graf v. Sose-Stiftung können im Jahre 1904 einige arme Kranke, die weder von einer Gemeinde, noch von irgend einem Fond oder einer Behörde unterstützt werden, auf die Dauer von 4 bis 6 Wochen zu Badekuren in das Landesbad zu Baden aufgenommen werden, wobei jedoch hilfsbedürftige Angehörige aus dem Großherzogtum Baden und aus Elsass-Lothringen vorzugsweise Anspruch auf Berücksichtigung haben. §. 112.

Aufnahmsgesuche mit den erforderlichen Beurteilungen über Vermögens-, Erwerbs- und Familienverhältnisse, sowie einem verschlossenen ärztlichen Zeugnisse sind spätestens bis zum 1. Februar d. J. bei der Großh. Badanstaltenkommission in Baden einzureichen.

Baden, den 2. Januar 1904.
Großh. Bezirksamt
— Badanstaltenkommission. —
G a a p e.

Günstiger Gelegenheitskauf
einer
kömpl. feinen Ausstattung
bestehend
in drei neuen, solid nach
neuem Stil angefertigten
Zimmereinrichtungen
Salon:
italienisch uuhbaum hell
poliert mit Goldgravierung
1 Trumeau, 1 Herischant, 1 eleganter Schreibtisch, 1 Salontisch, moderne Plüschgarnitur (Sopha und 2 Halb-Sauteils) 750 Mk.

Wohn- u. Speisezimmer
eichenholz matt
1 modernes erdhernes Buffet, 1 Ausziehtisch für 18 Personen, 1 Servier-Etagere, 1 Divan mit neuem Moquettebezug, 6 Lederstühle, 1 Paneelspiegel 560 Mk.

Schlafzimmer:
uuhbaum matt poliert
2 Bettladen mit hohen Hauptern, eine große Waschkommode, Spiegel-Kuffel, 1 Spiegelschrank, 2 Nachttische etc. 450 Mk.

Ist in einer Karlsruher Möbel-fabrik zu verkaufen. Käufer wollen ihre Adresse in der Exp. d. Bl. unter G. 69 gefälligst abgeben.

G. 129. Karlsruhe.

Otto Fischer,
Grossh. Hoflieferant
(vorm. J. Stüber), Karlsruhe,
Kaiserstr. 130, Telephon 270,
empfiehlt: **Vollständige Betten**
jeder Art und Preislage, ganze
Wäsche-Aussteuerung in vorzüglicher Ausführung.

Zwangsversteigerung.
Montag den 11. Januar 1904,
mittags 12 Uhr,
werde ich im hiesigen Börsenlokal E 4, 15/16, gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern:
nom. M. 100 000.— Aktien
der **Munzweier Smaltherwerke**
vorm. Franz Ulrich Söhne
Nr. 310—409 nebst dazu gehörigen
Dividendencheque und Talon pro
1904 u. f. § 182
Mannheim, den 10. Januar 1904.
S c h e u b e r, Gerichtsvollzieher.
L 4—8.

Holzversteigerung.

Das Großh. Forstamt Jochenheim im Jahr versteigert aus dem Domänenwald „Ottensheimerwald“ am
Montag, den 18. Januar d. J.,
morgens 9 Uhr anfangend, im Kataster zu Kürzell, mit Vorgriff bis 1. November: §. 107.2.1
418 Ster buchenes, eichenes und gemischtes Scheit-, Brügel- und Stockholz, 15 600 Wellen und Schlagraum.
Hierauf: 19 Eichen 3. bis 5. Kl., 16 Hainbuchen und 1 Birke.
Forstwart Sauer in Ottensheim zeigt das Holz vor.
Lahr, den 5. Januar 1904.
Großh. Forstamt Jochenheim:
v. P o d m a n.

DER
FRIEDRICHSHOF
bringt seinen vorzüglichen
*** Mittags- und Abendtisch ***
***** Weine erster Firmen *****
und
Alle Delikatessen der Jahreszeit
in empfehlende Erinnerung.
DIE VERWALTUNG: W. Werner.

Konditorei und Café
Fr. Nagel
Telephon 1177. Waldstr. 43.
empfiehlt in frischer Sendung:
Schokolade Suchard, 7.75
" Kohler, 7.75
" Cailliers,
" Lindt fils,
" Gala Peter,
" Hildebrand,
" Sarotti,
Fondants und Pralines,
Erfrischungs- und Kusten-Bonbons.

Für
Rechtspraktikanten.
Von unseren Volontärstellen sind 2 freigeworden. — Anmeldungen zum Eintritt wollen baldgest. eingereicht werden. — §. 128.
Waldshut, den 7. Januar 1904.
Großh. Bezirksamt:
K e i m.

Darlehen gibt realen
Guten
Beruh. Greßmühl.
Bankgeschäft in Lübeck.
Rückporto erbeten. §. 16 2

Großh. Bad. Staats-
Eisenbahnen.
Die Station Bischweiler, zwischen Kuppenheim und Rothenselz, wird am 11. d. M. für den Wagenladungsverkehr eröffnet. Die Station besitzt weder Rampe noch Verladekran.
Karlsruhe, den 8. Januar 1904.
Großh. Generaldirektion.

LIQUEUR
BÉNÉDICTINE
DE
L'ANCIENNE ABBAYE
DE FÉCAMP
ÜBERALL ZU HABEN

Hôtel-Restaurant Café Nowack
5 Min. vom Hauptbahnhof. Karlsruhe. vis-à-vis dem Albtalbahnhof.
Vorzügl. Küche. — Mittagstisch von 80 Pfg. an im separaten Speisesaal. — Hochf. Stoff aus der Seldeneck'schen Brauerei. — Garantiert reine Weine. — Sämtliche Tageszeitungen. — Schöne modern eingerichtete Fremdenzimmer.
Telephon 1481. **K. Hemmerle Ww.**

Karlsruher Lebensversicherung
auf Gegenseitigkeit
vormals **Allgemeine Versorgungs-Anstalt.**
Versicherte Summe: **505 Millionen** Mark.
Gesamtvermögen: **170 Millionen** Mark.
Ganzer Ueberschuß den Versicherten. Steigende Dividende.
Unanföchtbarkeit. Unerfallbarkeit. Freie Kriegsvericherung.
Nähere Auskunft bei den Vertretern und der Direktion. §. 220.5

Kassenschranke
feuer- und diebstahlsichere, neuester und bester Konstruktion, in jeder Größe auf Lager, empfiehlt zu billigsten Preisen
Wilhelm Schindler, Kassenschrankfabrik,
Karlsruhe.
In Referenzen von Banken, Sachämtern, Gemeinden und Privaten gerne zu Diensten. §. 762



Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.